

Inhaltsverzeichnis

1. Reinhard Göhner	
2. CDU	
3. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	
4. Institut der deutschen Wirtschaft	

Reinhard Göhner

Reinhard Göhner (*16. Januar 1953 in Bünde), [CDU](#), war bis 06/2016 Hauptgeschäftsführer der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). Von 1996 bis 2007 war er sowohl CDU-Bundestagsabgeordneter als auch BDA-Hauptgeschäftsführer. Die Verquickung von Lobbyismus und Abgeordnetentätigkeit Göhners wurde wiederholt kritisiert.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	2
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
4 Einzelnachweise	3

Karriere

- 1996-06/2016 Hauptgeschäftsführer der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
- 1994-1996 Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Deutschen Polstermöbelindustrie, des Verbandes der Westfälischen Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung und des Fachverbandes der Serienmöbelbetriebe.
- 1991-1996 Mitglied des CDU Bundesvorstandes
- 1990-1994 Parlamentarischer Staatssekretär, zunächst im [Bundesjustizministerium](#), dann 3 Jahre im [Bundewirtschaftsministerium](#)
- 1983-2007 Mitglied des Bundestages
- 1989-1991 zugleich Lehrbeauftragter an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld
- 1981-1990 Hauptgeschäftsführer des Fachverbandes der Serienmöbelbetriebe (Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband)
- 1981 Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei; Sozietät seit 1985, seit 1988 Fachanwalt für Arbeitsrecht
- Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld

Quelle: ^[2]

Verbindungen / Netzwerke

- [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Mitglied des Präsidiums
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Mitglied
- CentConsult Holding AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- AXA Konzern, Mitglied des Konzernbeirats^[3]
- [ZDF](#), Mitglied des Verwaltungsrats^[4]
- [Institut für Weltwirtschaft](#), Mitglied des [Wirtschaftsbeirats](#)

Reinhard Göhner saß außerdem im Aufsichtsrat von [CSC](#) (Computer Sciences Corporation), früher CSC Ploenzke^{[5][6]}.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Nebentätigkeiten Röttgen soll Göhner als Beispiel dienen, Spiegel vom 23. Juli 2006, Website Spiegel](#), abgerufen am 23. Oktober 2012
2. ↑ [Lebenslauf Reinhard Göhner](#), arbeitgeber.de, abgerufen am 23. Oktober 2012
3. ↑ [Der AXA Konzern 2009 Konzernbeirat](#), Website axa, abgerufen am 24.10.2012
4. ↑ [ZDF Organisation](#), Website ZDF, abgerufen am 24.10.2012
5. ↑ [Deutscher Bundestag](#) Webarchiv des deutschen Bundestages, aufgerufen am 10.04.2014
6. ↑ [Brisanter Deal mit umstrittenem Partner](#) tagesschau.de vom 15.11.2013, aufgerufen am 09.04.2014

CDU

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	4
1.1 Bundestagswahl 2025	4
1.2 Bundestagswahl 2021	4
1.3 Bundestagswahl 2017	4
1.4 Bundestagswahl 2013	5
1.5 Bundestagswahl 2009	5
2 Finanzierung	5
2.1 Rechenschaftsberichte	5
2.2 Top-Spender	6
2.3 Gesamteinnahmen	7
2.4 Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU	8
2.5 Sponsoring	9
3 Wirtschaftsrat der CDU	10
4 Bundesvorsitzender Merz	10
5 Generalsekretär Linnemann	10
6 Bundesgeschäftsführer Birkenmaier	10
7 Beteiligungen an Unternehmen	10
8 Weiterführende Informationen	11
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
10 Einzelnachweise	11

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 2025 enthält keinerlei Forderungen zu schärferen Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder für mehr Transparenz.^[1]

Bundestagswahl 2021

Weder im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 noch im Grundsatzprogramm der CDU werden Fragen von Lobbyismus und Transparenz behandelt. Die Union hat jedoch in der 19. Legislatur gemeinsam mit der SPD nach großen Skandalen in der Union ein Lobbyregister und Änderungen im Abgeordnetenrecht geschaffen, die wichtige Schritte hin zu mehr Transparenz bedeuten.

Hintergründe und ausführliche Informationen sind unter [Lobbyregister Deutschland](#) und [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#) zu finden.

Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlichtweg nicht auf.^[2] In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbykritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgefliegen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[3]

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[4]

Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 149.786.032,07 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 70.926.700,18 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei [CSU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendinggesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der CDU

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023

Top-Spender

Die 10 Topspender der CDU in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Christoph Alexander Kahl	1.978.160 €	
DVAG (Firmengeflecht)	1.591.001 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
Familie Gröner	880.000 €	Spenden von Gröner Family Office GmbH und Christoph Gröner
Schambach, Stephan	1.238.000 €	
Familie Quandt /Klatten (BMW)	650.010 €	Spenden von Susanne Klatten, Stefan Quandt und Johanna Quandt
Dr.-Ing. E.h. Martin Herrenknecht	659.102 €	
Dr. August Oetker KG	435.500 €	Spenden von Dr. August Oetker KG, Arend Oetker, Alfred Oetker sowie Carl-Ferdinand Oetker
Droege Group AG	300.000 €	

Prof. Dr. Hans Georg Näder	299.000 €	
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	438.368,85 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheld sowie Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	36,26	21,0	36,41	26,7	37,22	23,2	37,67	24,92	37,55	24,60
Mandatsträgerbeiträge	23,06	13,36	22,32	16,37	21,89	13,65	21,54	14,25	21,12	13,84
Spenden von natürlichen Personen	12,34	7,15	14	10,27	26,75	16,65	17,99	11,90	16,25	10,65
Spenden von juristischen Personen	5,84	3,38	7,34	5,38	14,82	9,24	8,75	5,79	7,31	4,79
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Aus sonstigem Vermögen	3,64	2,11	1,95	1,43	1,79	1,11	5,08	3,36	2,11	1,38
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	10,91	6,31	8,92	6,52	6,15	3,84	5,76	3,81	13,48	8,83
Staatliche Mittel	57,96	33,57	44,46	32,61	51	31,81	53,73	35,54	54,1	35,39
Sonstige	22,66	13,12	0,98	0,72	0,81	0,5	0,65	0,43	0,8	0,52
Summe	172,664 Mio €		136,36 Mio €		160,36 Mio €		151,16 Mio €		152,63 Mio €	

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	37,74	25,62	37,57	23,98	37,77	26,03	38,75	25,64	39,3	28,7

Mandatsträgerbeiträge	20,7 4	14,0 8	20,0 9	12,8 2	19, 4	13,3 9	17,5 3	11, 6	17, 2	12, 6
Spenden von natürlichen Personen	12,1 1	8,2 2	22,5 8	14,4 1	15,1 3	10,4 5	20,0 6	13,2 8	12,1 4	8, 9
Spenden von juristischen Personen	4,9 7	3,3 7	12,6 3	8,0 6	7,0 5	4,8 7	10,7 4	7,1 1	6,0 5	4, 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0,0 3	0,0 3	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	1,7 4	1,1 8	2,0 2	1,2 9	2,3 2	1, 6	2, 8	1,8 6	3,4 4	2, 5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	13,2 1	8,9 7	12,7 9	8,1 6	12,8 2	8,8 4	11,6 8	7,7 4	11, 7	8,5 4
Staatliche Mittel	56,1 4	38,1 0	48,3 6	30,8 6	49, 5	34,1 9	48,0 5	31, 8	46, 4	33,8 8
Sonstige	0,6 8	0,4 6	0,6 6	0,4 2	0,9 2	0,6 3	1,4 8	0,9 7	0, 8	0,5 7
Summe	147,3 Mio €		156,7 Mio €		144,83 Mio €		151,1 Mio €		137 Mio €	

Quellen:^[5]

*Anmerkung:*Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Spenden von natürlichen Personen an die CDU im Jahr 2020 beliefen sich auf 17,986 Mio € und wurden auf 17,99 Mio € aufgerundet.

Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU

Christoph Gröner spendete 2020 insgesamt 820 Tsd. Euro an die Berliner CDU (320 Tsd. Euro als Privatperson und 500 Tsd. Euro über die Gröner Family Office GmbH); 2021 belief sich die Spende von Gröner auf 20 Tsd. Euro.^{[6][7]}

Die beiden Spenden von 2020 waren nach einem von LobbyControl beauftragten [Rechtsgutachten](#) wahrscheinlich illegal, weil damit Erwartungen verbunden waren, wie Gröner selbst 2021 öffentlich zugab.^[8]

Laut „Tagesspiegel“ vom 19.05.2023 beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit den Großspenden an die CDU.^[9] Der Vorgang sei ausgewertet worden, um über ein mögliches weiteres Vorgehen zu entscheiden. Transparency International hatte im Mai 2023 Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in einem Brief aufgefordert, dass die Bundestagsverwaltung als zuständige Stelle die Parteispenden überprüfen solle.^[10] Ende Juli 2023 wurde bekannt, dass die Bundestagsverwaltung die Prüfung eingestellt hat. "Eine Stellungnahme der CDU habe den in Medienberichten geäußerten Verdacht eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz ausgeräumt"^[11]

Anlass der Prüfung waren Recherchen des „Tagesspiegel“, nach denen sowohl Gröner als auch die CDU mehrfach gesagt haben, dass mit den Spenden Absprachen oder Bitten des Unternehmers verbunden seien.

- Im Podcast „Tacheles“ von Deutschlandfunk Kultur“ erklärte Gröner am 8. Mai 2021 zu seiner Großspende: "Ich habe der CDU drei Bedingungen gesetzt. Ich habe gesagt, ich möchte, dass die Kinder im Kinderheim, die behindert sind, genauso viel Geld für ihre Kleider kriegen wie die nichtbehinderten. Die kriegen nämlich 200 Euro weniger. Ich habe gesagt: Wenn das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel nicht abschafft, dann möchte ich auch, dass die CDU den nicht abschafft, aber modifiziert. ^[12]
- Im Tagesspiegel-Podcast „Berliner & Pfannkuchen“ erklärte Gröner in Bezug auf die Spenden: „Ich habe eine einzige Forderung an den Herrn Wegner gestellt, und die war die, dass ich gesagt habe: ‚Kinder im Kinderheim, die behindert sind, sollen bitte in Zukunft den gleichen Kleidersatz kriegen wie Kinder, die nicht behindert sind.‘ (...)“ Das ist sozusagen schriftlich fixiert.“ ^[13]
- Auch Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bestätigte 2021 in einem [Interview](#), dass die Spende von Gröner mit Forderungen verbunden war.

Später bestritt Gröner, die Spenden an politische Forderungen geknüpft zu haben: Er habe im Zusammenhang mit den Spenden „nie eine Bitte geäußert, einen Wunsch erklärt, noch eine Bedingung gestellt. Und wenn ich etwas anderes gesagt habe, dann war es im Affekt (...)“. ^[14] Auch die Gröner Family Business Office GmbH bezeichnete eine Verbindung zwischen Spende und Forderung nun als falsch; es sei in der Öffentlichkeit eine Diskussion entstanden, die diesen Zusammenhang konstruieren möchte. ^[15] Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) erklärte, er sei nicht beeinflussbar. ^[16] Entscheidend sei, dass er politische Entscheidungen von einer solchen Spende nicht abhängig mache. Das werde er nie tun.

Laut LobbyControl offenbart der Fall Gröner große Mängel in der Kontrolle der [Parteienfinanzierung](#) in Deutschland: „Es ist hochproblematisch, wenn bei einer Spende in dieser Größenordnung Verstöße öffentlich zugegeben werden, und die zuständige Stelle davon nicht einmal Notiz nimmt. Das Parteiengesetz muss dringend reformiert werden. Es braucht schärfere Transparenzpflichten und schnellere Offenlegung sowie eine unabhängige und mit mehr Ressourcen ausgestattete Kontrolle. Aber das alleine reicht nicht aus. Spenden in dieser Höhe sind oft mit Erwartungen verbunden, die sich schwer kontrollieren lassen, Parteien aber in Abhängigkeiten bringen. Dies gilt besonders auf Landesebene, wo einzelne Spenden den Großteil des Wahlkampfbudgets einer Partei ausmachen können, wie auch im Fall Gröner. Das wirksamste Mittel, um dieses Problem zu bekämpfen, ist deshalb ein Parteispendendeckel. LobbyControl fordert eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Spender:in pro Jahr.“ ^[17]

Hintergrundanalyse von LobbyControl zu Parteispenden inkl. Kritik an den Spenden von Gröner: [Die Parteispenden steigen, die Intransparenz bleibt](#)

Sponsoring

[Parteisponsoring](#) ist bislang nicht im Parteiengesetz geregelt und fällt daher nicht unter die Transparenzregeln, die für Parteispenden gelten. Die Sponsoren vergangener CDU-Parteitage lassen sich daher nur vereinzelt durch Fotos ausgestellter Sponsorentafeln bestimmen und können z.T. auf den Webseiten der Parteitage eingesehen werden:

- [Sponsoren des 25. Parteitags der CDU, 03.-05.12.2012](#)
- [Sponsoren des 29. Parteitags der CDU, 05.-07.12. 2016](#)

- [Sponsoren des 31. Parteitags der CDU, 07.-08.12. 2018](#)
- [Sponsoren des 32. Parteitags der CDU, 22.-23.11.2019](#)
- [Sponsoren Landesparteitag Baden-Württemberg, 23.01.2021](#)
- [Sponsoren des 34. Parteitags der CDU, 22.01.2022](#)

Wirtschaftsrat der CDU

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#), eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern. Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. ^[18] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage eines CDU-Mitglieds aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg und wird weitere Schritte prüfen. Hierzu könnte etwa eine erneute Klage eines Parteimitglieds mit Delegiertenstatus vor dem Parteigericht oder der Gang vor das Zivilgericht gehören. ^[19]

Bundesvorsitzender Merz

[Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU und Kanzlerkandidat der Union, war Top-Lobbyist und seit 1999 Präsidiumsmitglied und seit 2019 Vizepräsident des [Wirtschaftsrats](#). Nach Kritik durch [LobbyControl](#) im Jahr 2021 gab er beide Posten auf. ^[20]

Generalsekretär Linnemann

Generalsekretär [Carsten Linnemann](#) war bis 2021 Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU

Bundesgeschäftsführer Birkenmaier

Phiipp Birkenmaier war u.a. Leiter des Arbeitsstabs Mittelstandsstrategie im Bundesministerium für Wirtschaft (2019-2020) und Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (2012-2019) ^[21]

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die CDU Mehrheitsbeteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- [Union Betriebs GmbH](#), Rheinbach (Medienunternehmen)
- Kommunal-Verlag GmbH (Medienunternehmen), Berlin
- CDA Verlagsgesellschaft mbH (Medienunternehmen), Berlin
- Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH (Medienunternehmen) , Wiesbaden
- Domizil Verwaltungs- und Verlagsgesellschaft Niederdeutsche Stimmen GmbH, Hannover
- Verlag für Landespolitik und Werbung GmbH (Medienunternehmen), Kiel
- V-G-B Verwaltungsgesellschaft für Grundstücke und Beteiligungen mbH, Düsseldorf

- Kommunalpolitische Vereinigung Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Recklinghausen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wahlprogramm von CDU und CSU](#), cdu.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ [Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017, pdf \(630 kB\)](#), abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
6. ↑ [Gröner Family Office GmbH](#), lobbypedia.de, abgerufen am 25.06.2023
7. ↑ [Parteispenden über 50.000 Euro 2020](#), bundestag.de, abgerufen am 25.06.2023
8. ↑ [Gröner-Spenden an die CDU: Parteien, verklagt den Bundestag!](#) www.lobbycontrol.de vom 13.09.2023, abgerufen am 27.03.2024
9. ↑ [Nach widersprüchlichen Aussagen Bundestag wertet umstrittene Gröner-Spenden an Berliner CDU aus](#), tagesspiegel.de vom 19.05.2023
10. ↑ [Gröner-Spenden an CDU: Transparency International fordert Bundestagsverwaltung zur Prüfung auf](#), transparency.de vom 17.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
11. ↑ [Keine "Einflusssspende"](#) www.sueddeutsche.de vom 27.07.2023, abgerufen am 27.07.2023
12. ↑ [Vom Versagen der Politik und dem Wusch zu bauen](#), deutschlandfunkkultur.de vom 08.05.2021, abgerufen am 01.07.2023
13. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
14. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
15. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
16. ↑ [Wegner dementiert Bedingungen eines Unternehmers für Parteispende](#), rbb24.de vom 21.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
17. ↑ [Pressemitteilung vom 19.05.2023](#), abgerufen am 01.07.2023
18. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
19. ↑ [Pressemitteilung vom 28.04.2023](#), abgerufen am 29.04.2023
20. ↑ [LobbyControl auf Twitter am 15.12.2022](#), abgerufen am 04.08.2022
21. ↑ [Dr. Philipp Birkenmaier](#), linkedin.com, abgerufen am 01.12.2024

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)** ist eine mächtige Interessenvertretung deutscher Unternehmen, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Arbeitgeber
Gründungsdatum <text>
Hauptsitz Breite Straße 29, 10178 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro <text>
EU
Webadresse www.bda-online.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	13
1.1 Verbindungen/ Netzwerke	13
1.2 Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft	13
1.3 Wettbewerb Starke Schule	13
1.4 Walter-Raymond-Stiftung	13
2 Fallstudien und Kritik	13
2.1 2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	13
2.2 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	16
3 Organisationsstruktur und Personal	16
3.1 Mitgliedsverbände	16
3.2 Hauptgeschäftsführung	16
3.3 Präsidium	17
3.4 Vorstand	18
4 Finanzen	19
5 Kurzdarstellung und Geschichte	19
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
7 Einzelnachweise	20

Lobbystrategien und Einfluss

Verbindungen/ Netzwerke

- Die BDA ist Mitglied von [Businesseurope](#), dem europäischen Dachverband der Arbeitgeber mit Sitz in Brüssel.

Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft

Die [Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft](#) (BUAG) ist der Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften Schulewirtschaft mit ihren Arbeitskreisen. Die BUAG wird getragen von der BDA und dem [Institut der deutschen Wirtschaft](#).

Wettbewerb Starke Schule

Mit dem Wettbewerb [Schule](#) zeichnen die [Hertie-Stiftung](#), der BDA, die [Bundesagentur für Arbeit](#) und die [Deutsche Bank Stiftung](#) alle zwei Jahre Schulen aus, die sich in herausragender Weise für ihre Schüler einsetzen.

Walter-Raymond-Stiftung

Die Stiftung pflegt den Gedankenaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik . Mitglieder des Beirats sind u.a.:

- [Bernd Raffelhüschen](#)^[1]
- [Michael Hüther](#)

Fallstudien und Kritik

2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Die BDA bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.^[2]

- **Deutsches Lieferkettengesetz**

Das deutsche Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ursprünglich ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[3] Die BDA versuchte u.a. die angedachte zivilrechtliche Haftung für Unternehmen zu verwässern.^[4] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „*irreführend*“.^[5] So

konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[5]

Der Bericht der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum^[6] zeigt detailliert, dass die BDA „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess ausgeübt hatte. So verschaffte sich dieser Gehör in höchsten Regierungskreisen: Zum Thema des Lieferkettengesetzes fand ein Telefonat zwischen dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier und dem Präsidenten und dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) (16. Dezember 2020) statt, sowie ein weiteres gemeinsames Telefonat (12. Februar 2021) zwischen Altmaier und einer Delegation aus Wirtschaftsvertretern, an dem auch der BDA teilnahm. Auch zwischen der Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel und Vertretern der BDA habe es einen persönlichen Austausch zum Lieferkettengesetz gegeben: am 31. August mit dem damaligen BDA-Präsidenten Ingo Kramer und am 12. Januar 2021 mit seinem Nachfolger Rainer Dulger. Darüber hinaus soll es zudem eine Korrespondenz zwischen dem damaligen Kanzleramtsminister Helge Braun und dem Hauptgeschäftsführer der BDA, Steffen Kampeter zum selben Thema gegeben haben.

Der BDA-Hauptgeschäftsführer Kampeter war häufig an den Gesprächen mit Merkel und Altmaier beteiligt. Kampeter war vor seinem Wechsel zur BDA von 2009 bis 2015 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF) und verfügte daher über gute Kontakte in die damalige Bundesregierung (Seitenwechsel-Link).^[6] Laut einem Follow-Up Bericht derselben zivilgesellschaftlichen Organisationen erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[2]

Darüber hinaus hatte es deutliche inhaltliche Überschneidungen zwischen den Positionen des Wirtschaftsflügels der Union und der BDA gegeben. So hatte der Seitenwechsler und CSU-Politiker Hans Michelbach, der 2001 Vize-Präsident der BDA war, am 13. März 2021 von der Bundesregierung gefordert, ein Lieferkettengesetz „ersatzlos“ zu streichen.^[7] Ein Artikel von Lobby Control (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU findet sich hier.

Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz hatte die Lobbyarbeit der BDA letztlich Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz durch das Intervenieren des Wirtschaftsministeriums für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[8]

Darüber hinaus versuchte die Vereinigung nach der Verkündung des Gesetzes, seine konkrete Umsetzung zu beeinflussen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) der BDA mit dem BDI, dem HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände, aufgrund der durch den Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gestiegenen Energiepreise, ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft. Teil dieser Forderung war, dass das Inkrafttreten des Lieferkettengesetzes aufgeschoben werden sollte.^[4] Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Führende Ökonomen widersprachen dem schon damals.^[6] Der Wirtschaftsweisse Achim Truger bemerkte, dass „eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.“^[9]

- **Europäisches Lieferkettengesetz**

Auch beim europäischen Gesetzesvorhaben versuchte die Vereinigung eine umfassende Regelung zu verhindern.

Wie das Recherchenetzwerk Correctiv^[10] berichtet, adressierte die BDA die „Erwartungen der deutschen Wirtschaft“ an ein europäisches Lieferkettengesetz in einer E-Mail vom 30. April 2021 an das Justiz-Ressort der Europäischen Kommission. In einem beigefügten Non-Paper stellte die BDA die Forderungen auf, dass ein europäisches Gesetz „machbar“ und „angemessen“ sein müsse. Die Vereinigung verwies darauf, dass *„Die Pflicht, für Menschenrechte zu sorgen, [...] in die Zuständigkeit von staatlichen Autoritäten [falle] und [...] nicht einfach an Unternehmen outsourced werden [könne]“*.

Ebenso wie auf nationaler Ebene, lehnte die BDA auf europäischer Ebene eine zivilrechtliche Haftung und die Kontrolle von Sorgfaltspflichten, die über das erste Glied der Lieferkette – also den direkten Zulieferer – hinausgehen, ab. Die Vereinigung betonte, *„dass ein Abschneiden der globalen Lieferketten, also Ent-Globalisierung, die heimliche Agenda der Fürsprecher [des Gesetzes] ist.“*

Darüber hinaus hatte es im Vorfeld des Gesetzesvorschlages der europäischen Kommission zwei virtuelle Treffen zwischen der BDA und Vertreter:innen des zuständigen Ressorts von EU-Justizkommissar Didier Reynders, der DGJUST, gegeben.^[10] Dem Bericht „Inside Job“^[11] von Corporate Europe Observatory (CEO) zufolge, hatte die DGJUST zwar das Ziel verfolgt, den Einfluss von Lobbyisten auf das Gesetz zu begrenzen, jedoch blieb dieser Widerstand laut dem Bericht nicht lange erfolgreich: Nachdem das wirtschaftsnahe Regulatory Scrutiny Board^[12] Gesetzesvorschläge der DGJUST zurückgewiesen hatte, wurde der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton als Mitverantwortlicher in die Gesetzesausgestaltung geholt. Dieser sei laut dem CEO Bericht eine „zutiefst umstrittene Personalie“, die aus der Wirtschaft in die Kommission wechselte und dort eine unternehmensnahe Politik verfolge. Bei einem Treffen mit Bretons DG GROW (Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) der europäischen Kommission, hatte sich die BDA u.a. für eine Lockerung der geplanten Regularien eingesetzt: Insbesondere die Größe der miteinzubeziehenden Unternehmen, die Regeln für Unternehmensleitungen und -vorstände und die zivilrechtliche Haftung von Unternehmenschefs wurden dabei thematisiert.^[11]

Die Bemühungen der Wirtschaftslobby konnten letztendlich Teilerfolge erzielen. Nach einer Analyse der Initiative Lieferkettengesetz des Kommissionsvorschlages (Stand 2022) habe das Gesetz z.B. die zivilrechtliche Haftung beibehalten, enthielte aber dennoch *„Schwachstellen und Schlupflöcher“*, z.B. in der Art der vom Gesetz abgedeckten Geschäftsbeziehungen.^[13] Im weiteren Prozess musste das Gesetz noch Zustimmung vom europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union erhalten. Hier wandte sich die BDA in einem persönlichen Treffen an den Schattenberichterstatter Axel Voss (30/03/2022).^[14] Der CDU-Politiker war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, die auch beim deutschen Gesetz starken Widerstand signalisiert hatten.^[15]

Interne Dokumente, die dem ZDF-Medium Monitor vorliegen, zeigen, dass auch die Scholz-Regierung auf EU-Ebene für die Interessen bestimmter Arbeitgeber- und Industrieverbände eintrat. So forderte die Bundesregierung im Einklang mit den Forderungen der BDA eine „Safe Harbour“ Klausel einzuführen. Dabei geht es um Haftungserleichterungen für die Unternehmen. Durch Gutachten von externen Prüfern könnten sie so ihre Produktionsprozesse als vermeintlich einwandfrei zertifizieren lassen. Diese Praxis würde es den Opfern deutlich erschweren den Unternehmen Fehlverhalten nachzuweisen (mehr zur Kritik an Safe-Harbour Klauseln findet sich [hier](#))^[16]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDA, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Mitgliedsverbände

Mitglieder der BDA sind die 52 Bundesfachspitzenverbände und die 14 Landesvereinigungen der Arbeitgeber.

Hauptgeschäftsführung

Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsführer • **CDU**, bis Juni 2015 Parl. Staatssekretär im **Bundesfinanzministerium**) seit 07/2016

Peter Clever

- **Bundesagentur für Arbeit**, Sprecher der Arbeitgeberbank im Verwaltungsrat

Alexander Gunkel

- **Deutsche Rentenversicherung Bund** (DRV Bund), Vorsitzender des Bundesvorstands
- Stellv. Vorsitzender des Sozialbeirats für die Rentenversicherung

(Stand: August 2016) Quelle: ^[18]

Präsidium

Ingo Kramer	Präsident	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter J. Heinr. Kramer Holding GmbH • Institut der deutschen Wirtschaft, Vizepräsident • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Josef Beutelmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Barmenia Versicherungen, Aufsichtsratsvorsitzender • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Gerhard F. Braun	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter Karl Otto Braun Gruppe
Rainer Dulger	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtmetall, Präsident
Otto Kentzler	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
Arndt G. Kirchhoff	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, Präsident
Randolf Rodenstock	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident • Gesamtmetall, Vizepräsident • Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Kuratoriumsmitglied • Wirtschaftsforum der FDP
Elke Strathmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Continental AG, Vorstandsmitglied
Margret Suckale	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • BASF SE, Vorstandsmitglied
Reinhard Göhner		<ul style="list-style-type: none"> • BDA Hauptgeschäftsführer
Rüdiger Grube		<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
Arend Oetker		<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG • Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Vizepräsident • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter • Atlantik-Brücke, Mitglied des International Advisory Council • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Vorsitzender des Stiftungsrats

Weitere Mitglieder:

Frank Appel (Vorstandsvorsitzender [Deutsche Post](#) AG), Thomas Bäumer, Werner M. Bahlsen, Bernhard Beck (Vorstandsmitglied [EnBW](#) AG), Hans-Dieter Bremer, Wolfgang Brinkmann, Milagros Caiña-Andree (Vorstandsmitglied [BMW](#) AG), Jürgen Deilmann, Martin Empl, Brigitte Faust, Bodo Finger, Heide Franken (Geschäftsführerin [Randstad](#)), Alfred Gaffal, Wolfgang Goebel, Helmut Heinen, Klaus Helmrich (Vorstandsmitglied [Siemens](#) AG), Fritz-Heinz Himmelreich, Hartmut Koch, Helmut F. Koch, Walter Koch, Gregor Lehnert, Stephan Leithner (Vorstandsmitglied [Deutsche Bank](#) AG), Horst-Werner Maier-Hunke, Wilhelm von Moers, Wilfried Porth (Vorstandsmitglied [Daimler](#) AG) Josef Sanktjohanser (Präsident [Handelsverband Deutschland - HDE](#)), Marion Schick (Vorstandsmitglied [Deutsche Telekom](#) AG), Andreas Schmiege (Vizepräsident [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), HDB), Heinrich Spies, Bernd Tönjes (Vorstandsvorsitzender [RAG](#) AG), Bettina Volkens, Uli Wachholtz, Dieter Weidemann, Stefan Wolf

Klaus Murmann Ehrenpräsident
• ehem. Vorstandsvorsitzender [Sauer-Danfoss](#) Inc.

Dieter Hundt Ehrenpräsident
• Aufsichtsratsvorsitzender [Allgaier Werke](#) GmbH
• [BusinessEurope](#), Vizepräsident
• [Landesbank Baden-Württemberg](#), Mitglied des Aufsichtsrats

(Stand: November 2013) Quelle: ^[19]

- Es existiert ein "gemeinsames Präsidium" von BDA und [BDI](#). Durch gemeinsames Auftreten national und auf EU-Ebene wollen sie "die Schlagkraft" ihrer Interessenvertretung stärken. ^[20]

Vorstand

Der Vorstand der BDA besteht aus 79 Personen. Er überschneidet sich teilweise mit den Mitgliedern des Präsidiums.

Auswahl an Mitgliedern

Thomas Bauer • [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), Präsident

Marie-Luise Dött • [CDU](#), Mitglied des Bundestages
• [Bund Katholischer Unternehmer](#) (BKU), Vorsitzende
• [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), Mitglied des Fördervereins und ehemalige Botschafterin

Rainer Dulger • [Gesamtmetall](#), Präsident

Ernst Fischer • [Deutscher Hotel- und Gaststättenverband](#) (DEHOGA), Präsident

Alfred Gaffal • [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw), Präsident

Rüdiger Grube	• Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
Otto Kentzler	• Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
Arndt G. Kirchhoff	• Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Präsident
Ingo Kramer	• BDA Präsident
Peter Kurth	• Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE), Präsident
Kurt J. Lauk	• Wirtschaftsrat der CDU , Präsident
Arend Oetker	• Geschäftsführender Gesellschafter Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG
Walther Otremba	• Bundesverband Briefdienste , Vorsitzender • ehem. Beamteter Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
Randolf Rodenstock	• Geschäftsführender Gesellschafter Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG

(Stand: November 2013) Quelle: ^[21]

Finanzen

Laut den eigenen Angaben, die im Transparenzregister der EU stehen, gab der BDA im Jahr 2015 1.5 - 1.75 Millionen Euro für die Lobbyarbeit auf EU-Ebene aus. Fünf Mitarbeiter hatten einen Zugang zum Europäischen Parlament.^[22]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die BDA bezeichnet sich als die sozialpolitische Spitzenorganisation der gesamten deutschen Privatwirtschaft, die die Interessen kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen aus allen Branchen in allen Fragen der Sozial- und Tarifpolitik, des Arbeitsrechts, der Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik sowie der Bildung vertritt.^[23] Der Verband beruft sich auf eine Reihe von Vorläuferorganisationen, die älteste wurde bereits 1869 gegründet.^[24] Über ihre Mitgliedsverbände und die über sie organisierten Betriebe setzt sie sich für die unternehmerischen Interessen im politischen Willensbildungsprozess ein - gegenüber Legislative und Exekutive, gegenüber Gewerkschaften, gesellschaftlichen Gruppen und in der Öffentlichkeit.

Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit dem [Bundesverbandes der Industrie \(BDI\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[25] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, aus dem das "Manager Magazin" Auszüge zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Econ Referenten Agentur, Website econ-referenten, abgerufen am 27. Oktober 2012
- ↑ ^{2,02,1} Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.09.20.
- ↑ ^{4,04,1} Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ ^{5,05,1} Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ ^{6,06,16,2} Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Pressestatement vom 11.06.2021 lieferkettengesetz.de, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“ taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ ^{10,010,1} Lieferketten: Unternehmen wollen nicht für Ausbeutung haften correctiv.org vom 22.02.2022
- ↑ ^{11,011,1} Inside Job: Wie die Wirtschaftslobby die internen Verfahren der Kommission ausnutzt, um sich ihrer Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz zu entziehen corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Die Europaabgeordneten Lara Wolters, Heidi Hautala, Manon Aubry und Pascal Durand stellten fest: „Aus den offengelegten Dokumenten geht hervor, dass der Ausschuss [RSB] einer hartnäckigen und scheinbar koordinierten Lobbyarbeit ausgesetzt war, bei der fadenscheinige Behauptungen aufgestellt wurden, dass Elemente der Folgenabschätzung der Kommission gegen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verstießen“. von business & human rights resource center business-humanrights.org vom 15.12.2021, abgerufen am 22.11.2022
- ↑ Nachhaltige unternehmerische Sorgfaltspflicht: Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission lieferkettengesetz.de vom April 2022, abgerufen am 13.11.2022

14. ↑ [Transparency europa.eu](#), n.D., abgerufen am 23.11.2022
15. ↑ [MIT gegen Lieferkettengesetz der Bundesregierung](#) mit-bund.de vom 22.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
16. ↑ [EU-Lieferkettengesetz: Bundesregierung contra Menschenrechte?](#) wdr.de vom 27.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
17. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
18. ↑ [Die Hauptgeschäftsführung der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 09.08.2016
19. ↑ [Das Präsidium der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
20. ↑ [BDA und BDI bekommen gemeinsames Präsidium](#) DIE WELT vom 03.11.2006, abgerufen am 26.11.2013
21. ↑ [Der Vorstand der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
22. ↑ [Profil: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.](#), Transparenzregister der EU, Eintrag vom 14.7.2016, zuletzt aufgerufen am 28.6.2016
23. ↑ [60 Jahre BDA 60 Jahre Stimme der Deutschen Wirtschaft](#), Website der BDA, abgerufen am 21. Oktober 2012
24. ↑ [Daten zur Geschichte der BDA und der deutschen Arbeitgeberverbände](#), Chronik auf der Webseite des BDA, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
25. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
26. ↑ ["Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert](#), Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft

Das **Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.** (IW) ist ein privates, unternehmensnahes Wirtschaftsforschungsinstitut, das Analysen und Stellungnahmen zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik erarbeitet. Trägervereine sind die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI). Die Mitglieder des Vereins sind [hier](#) abrufbar. Über die Tochtergesellschaft [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und andere ihr nahestehende Organisationen entwickelt das IW PR-Aktivitäten für die wirtschaftspolitischen Positionen der Arbeitgeber.

Institut der deutschen Wirtschaft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Wirtschaftsforschung
Gründungsdatum	1951
Hauptsitz	Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50459 Köln
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue des Arts 19 A-D, B-1000 Brüssel
Webadresse	www.iwkoeln.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	22
1.1 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	22
1.2 Roman Herzog Institut	22
1.3 Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT	22
2 Fallstudien und Kritik	23
2.1 Lobbyisten in Ministerien	23

3 Organisationsstruktur und Personal	23
3.1 Präsident und Direktor	23
3.2 Präsidium und Vorstand	23
3.3 Tochtergesellschaften	23
3.3.1 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Junior gGmbH	23
3.3.2 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH)	24
3.3.3 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien)	24
4 Finanzen	24
5 Kurzdarstellung und Geschichte	24
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
7 Einzelnachweise	25

Lobbystrategien und Einfluss

Das Institut der deutschen Wirtschaft ist an den folgenden PR-Aktivitäten für die wirtschaftspolitischen Positionen der Arbeitgeber beteiligt:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist eine Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft^[1], die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) gegründet worden ist. Sie wird von Gesamtmetall auch finanziert. Die INSM ist eine PR-Initiative, die für marktliberale Reformen wirbt. Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, dessen Vorsitzender, Stefan Wolf, Präsident von [Gesamtmetall](#) ist. Die Kuratoren und Botschafter sind zu einem großen Teil auch Mitglieder von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, der CDU und FDP sowie dieser nahestehenden Organisationen.

Roman Herzog Institut

Träger des [Roman Herzog Institut](#) sind die [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) und die Arbeitgeberverbände der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie. Das Institut der deutschen Wirtschaft liefert dem Roman Herzog Institut die wissenschaftlichen Expertisen.

Mitglieder des Vorstands sind u. a.:

- Ehrenvorsitzender: Roman Herzog, Bundespräsident a.D. (†10.01.2017)
- Vorsitzender: [Randolf Rodenstock](#), Geschäftsführender Gesellschafter Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co.KG , Vizepräsident des Instituts der deutschen Wirtschaft und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT

Die vom Institut der deutschen Wirtschaft und und der [Bundesvereinigung](#) (BDA) getragene [Bundesarbeitsgemeinschaft](#) hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft zu fördern und Lehrer der verschiedenen Fachrichtungen fortzubilden. Auf Landesebene wird das Netzwerk von Dachverbänden und Bildungswerken der Arbeitgeber in Partnerschaft Mit Ministerien getragen. In das Verständnis der Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialsystems, das gefördert werden soll, fließen die Bewertungen der Arbeitgeber mit ein.

Fallstudien und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ende 2010 entsendete das IW einen Senior Economist ins Auswärtige Amt.

im Auswärtigen Amt

Zeitraum	02.09.2010- 17.12.2010, Erstattung der Kosten des IW durch das AA ^[2]
Mitarbeiter	Senior Economist
Bearbeitete Themen	Mitarbeit im Planungsstab des AA zum Thema Wissenstransfer und Ausarbeitungen zu Außenwirtschafts- und Finanzpolitik

Organisationsstruktur und Personal

Das Institut beschäftigt rund 80 WissenschaftlerInnen.

Präsident und Direktor

Präsident: Arndt Günter Kirchhoff, Geschäftsführender Gesellschafter und CEO der KIRCHHOFF Automotive Holding GmbH & Co. KG und u.a. Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und Mitglied des Präsidiums des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)

Direktor: [Michael Hüther](#). Der Direktor des Instituts ist kraft Amtes Mitglied des [Präsidiums](#) des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)

Quelle: ^[3]

Präsidium und Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Tochtergesellschaften

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Junior gGmbH

Das Institut hat sich auf die Ansprache junger Zielgruppen spezialisiert Dazu gehören. Schülerprojekte und Informationen über die Möglichkeiten der beruflichen Selbstständigkeit.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH)

Die IW Consult GmbH ist als Beratungsdienstleister tätig, der strategische Lösungen für Unternehmen, Regionen, Verbände, Ministerien und Stiftungen entwickelt. Die Bereiche Research, Empirie und eBusiness führen Forschungs- und Auftragsprojekte durch. Zudem fungiert die IW Consult GmbH als Geschäftsstelle der eCI@ss e.V. Sie richtet ihre Angebote an Unternehmen, Verbände, Ministerien und Stiftungen. Für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) erstellt sie Reformbarometer, Rankings, Monitore und den Deutschland-Check.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien)

Die IW Medien begleitet Partner und Kunden aus Wirtschaft und Verbänden bei deren öffentlichen Auftritten mit ihrer Medien- und Zielgruppenkompetenz. Weiterhin bietet sie mit eigenen Medienplattformen wie dem Informationsdienst iwd oder der Wirtschaftszeitung AKTIV Zugänge zu wichtigen Entscheidern und zu einem Millionenpublikum. Die Zeitung AKTIV soll Arbeitnehmern wirtschaftliche Zusammenhänge aus der Sicht der Arbeitgeber nahebringen. Darüber hinaus kommuniziert die IW Medien unter dem Motto „Werben für die Marktwirtschaft“ die Forschungsergebnisse des IW zu aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen gezielt an wichtige Multiplikatoren. In diesem Zusammenhang werden Lehrern für das Unterrichtsfach Wirtschaft Bücher und Broschüren angeboten, die die Wirtschaft erklären. Die IW Medien veröffentlicht zudem alle Schriften und Publikationsreihen des Instituts

Tochtergesellschaften der IW Medien sind die Kölner Universitätsverlag GmbH (KUV) und die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), die vom Arbeitgeberverband [Gesamtmittel](#) finanziert wird.^[4]

Finanzen

Kurzdarstellung und Geschichte

Das 1951 als Deutsches Industrie-Institut (DI) gegründete IW wird von Verbänden und Unternehmen der privaten Wirtschaft finanziert. Trägervereine sind die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI). Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln versteht sich als Think-Tank und Service-Einrichtung für seine Mitglieder und Kunden über das gesamte Spektrum von Wissenschaft, Bildung, Beratung und Kommunikation. Forschungsergebnisse sollen direkt in praktische Projekte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Im Zentrum der Tätigkeit steht das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, das die wissenschaftlichen Ergebnisse produziert, die Fakten recherchiert und die Informationen aufbereitet, mit denen das IW in der Öffentlichkeit präsent ist. Im Institut entstehen die grundsätzlichen Konzepte und Argumentationslinien, die dann in publizistische Produkte umgesetzt und vermarktet werden. Dies ist Aufgabe der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH), die wissenschaftliche Beratungs- und Dienstleistungen erbringt, sowie der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien GmbH), in der die publizistischen Aktivitäten und das PR-Angebot gebündelt sind. Als Impuls für die wissenschaftliche Forschung wird das Eintreten für freies Unternehmertum, Wettbewerb und offene Märkte angegeben.

1990 ist das Berliner Büro (Hauptstadtbüro) eröffnet worden, das als Repräsentanz in der Bundeshauptstadt dient. Das Hauptstadtbüro sichert die Verbindung des Instituts mit den Schaltstellen der Bundespolitik zusätzlich ab. Die Mitarbeiter fungieren vor Ort als Ansprechpartner für Politiker, Verbandsvertreter und

Journalisten, und sie vertreten die Position des IW Köln in der wirtschaftspolitischen Debatte in Berlin. Zweimal im Jahr finden zudem die "Berliner Gespräche" statt, die sich vorrangig an Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter von Ministerien, Fraktionen, Landesvertretungen und Verbänden richten. Außerdem organisiert das IW Köln regelmäßige wirtschaftspolitische Gesprächsrunden für junge Abgeordnete, den "Wirtschaftspolitischen Club"

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Die "INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH" ist eine Tochter der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH. Siehe den Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2017, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 23.05.2019
2. ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
3. ↑ [Personen](#), iwkoeln.de, abgerufen am 04.03.2023
4. ↑ Siehe den Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2017, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 23.05.2019